

# Fragen und Antworten zum Energiekonzept

## Wieso brauchen wir längere Laufzeiten der AKWs?

Die Kernenergie soll in der Perspektive durch erneuerbare Energie ersetzt werden. Das ist mit erheblichen Investitionen verbunden. Bis die regenerative Energie die Kernenergie verlässlich und zu vertretbaren Kosten ersetzen kann, wird sie als Brückentechnologie noch benötigt. Die Gewinnung von Strom aus Kernenergie ist kostengünstig. Das ermöglicht finanzielle Spielräume, die für Investitionen in erneuerbare Energien und Netzinfrastruktur genutzt werden können. Zudem ist Kernenergie CO<sub>2</sub>-neutral. In Deutschland vermeidet der Atomstrom jährlich circa 100 bis 150 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Eine längere Nutzung der Kernenergie entlastet das Klima.

## Ist bei einer Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke nicht die Zustimmung des Bundesrates erforderlich?

Der Zustimmung des Bundesrates bedürfen Gesetze nur, wenn das Grundgesetz es vorschreibt. Änderungen des Atomgesetzes sind nur dann zustimmungsbedürftig, wenn den Ländern dadurch eine Aufgabe von "wesentlich anderer Bedeutung und Tragweite" entsteht. Die Länder verwalten die Atomkraftwerke im Auftrag des Bundes. Eine nur quantitative Erhöhung der Aufgabenlast ist zustimmungsfrei, wenn sie nicht dazu führt, dass die Aufgabe der Länder schwerwiegend verändert wird. Vor diesem Hintergrund ist eine Laufzeitverlängerung von durchschnittlich 12 Jahren als zustimmungsfrei anzusehen.

## Werden die Sicherheitsbestimmungen für Kernkraftwerke verschärft?

Die Anforderungen an die Sicherheit der Kernkraftwerke sollen im Atomgesetz erweitert und auf technisch höchstem Niveau fortgeschrieben werden. Über die bereits nach geltendem Gesetz erforderliche Vorsorge gegen Schäden hinaus wird eine weitere Vorsorge gegen Risiken eingeführt und gesetzlich definiert.

Dieser erweiterte sicherheitstechnische Standard wird durch Maßnahmen und Anforderungen konkretisiert und umgesetzt. Grundlage hierfür ist eine gemeinsam mit den Standortländern von Kernkraftwerken erarbeitete Maßnahmenliste.

## Wie sind Kernkraftwerke vor Flugzeugabstürzen geschützt?

Schutz von Kernkraftwerken gegen Flugzeugabstürze ist nicht nur eine Frage baulicher Maßnahmen. Es geht vielmehr um ein integriertes Sicherheits- und Schutzkonzept durch Maßnahmen der Betreiber und des Staates. Auf diese Weise wird das rechtlich erforderliche Sicherheitsniveau erreicht.

## **Wirkt sich die Laufzeitverlängerung nicht negativ auf die Wettbewerbssituation aus, weil sie die großen Energieanbieter begünstigt?**

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Laufzeitverlängerung keine nachteiligen Wirkungen auf den Wettbewerb im Energiesektor zur Folge haben wird. Denn die neue Kernbrennstoffsteuer und weitere Zahlungen der Kernkraftwerksbetreiber schöpfen den überwiegenden Teil der Zusatzgewinne ab. Damit beugen sie einer wirtschaftlichen Besserstellung der Betreiber durch die Laufzeitverlängerung vor. Gleichwohl wird das Bundeswirtschaftsministerium regelmäßig zur Entwicklung des Wettbewerbs im Energiesektor im Hinblick auf die Laufzeitverlängerung berichten und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen vorschlagen.

## **Welche Auswirkungen hat die Verlängerung der AKW-Laufzeiten auf den Strompreis?**

Kernenergie ist kostengünstig. Deswegen ist mittel- und langfristig ein preisdämpfender Effekt von der Laufzeitverlängerung zu erwarten. Allerdings ist die Auswirkung nicht sehr groß, weil der Anteil der Kernenergie nur bei 23 Prozent liegt. Vor allem die Preise für fossile Brennstoffe wirken sich stärker auf die Entwicklung des Strompreises aus. Die geplante Verbesserung der Infrastruktur mit neuen Stromnetzen, Energiespeichern und Gaspipelines wird zu Effizienzgewinnen führen. Dadurch wird der Stromverbrauch bei Haushalts- und Industriekunden sinken und somit die Stromkosten senken.

## **Was wird für den Ausbau der erneuerbaren Energien getan?**

Mit der Gewinnabschöpfung aus der Laufzeitverlängerung stehen erhebliche zusätzliche Summen zur Verfügung, um den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Kurz- und mittelfristig bietet die Windenergie an Land das wirtschaftlichste Ausbaupotential. Dazu gehört insbesondere der Ersatz alter durch neue, effizientere Anlagen.

Bestandteil des Energiekonzeptes ist im Rahmen eines KfW-Sonderprogramm "Offshore Windenergie" die Einrichtung von zehn Offshore-Windparks. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen sollen ausreichend zusätzliche Flächen für Windenergiegebiete ausgewiesen werden. Angestrebt wird außerdem eine sektorübergreifende Strategie zur energetischen Nutzung von Biomasse. Denn Biomasse ist gut geeignet, die fluktuierende Stromerzeugung aus Wind und Sonne auszugleichen.

## **Was geschieht konkret zur Einsparung von Energie?**

Den größten Beitrag zur Senkung des Energieverbrauchs leistet die Gebäudesanierung. Mit dem CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm und steuerlichen Anreizen fördern Bund und Länder deshalb Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz durch Wärmedämmung und Erneuerung von Heizanlagen. Wenn es gelingt, die Sanierungsquote zu verdoppeln, kann der Energiebedarf im Gebäudebereich bis 2050 um bis zu 80 Prozent gesenkt werden.

Damit Verbraucher ungenutzte Energiesparreserven erkennen und Energiekosten einsparen können,

wird eine "Initiative Energieeffizienz" gestartet. Ein Effizienzfonds im Umfang von 500 Millionen Euro jährlich steht unter anderem zur Verfügung für: verständliche und umsetzbare Verbraucherinformationen zur Energieeffizienz, Energie- und Stromsparchecks für private Haushalte und Energieausweise für Gebäude.

### **Was kostet uns der Aufbau einer klimafreundlichen Energieversorgung?**

Das zu erwartende Investitionsvolumen liegt in einer Größenordnung von rund 20 Milliarden Euro jährlich. Allerdings bringen diese Investitionen auch finanzielle Vorteile mit sich: Sie vermindern die Energieimporte. Durch Einsparung können Energiekosten sinken.

Außerdem stärken Investitionen in Effizienz- und Umwelttechnologie deutsches Know-How und damit die Exportchancen in einem wichtigen Zukunftsmarkt. Den Investitionskosten stehen also erhebliche volkswirtschaftliche Vorteile gegenüber.

### **Den Energieversorgern entstehen durch die Laufzeitverlängerung zusätzlich Gewinne. In welchem Umfang werden diese Gewinne abgeschöpft?**

Jährlich 2,3 Milliarden Euro werden bis 2016 mit der Kernbrennstoffsteuer eingenommen. Zusätzlich zahlen die Unternehmen 2011 und 2012 jeweils 300 und in den vier Folgejahren 200 Millionen Euro in einen Fonds. Diese Mittel werden für den Ausbau erneuerbarer Energien verwendet.

Ab 2017 wird statt der Steuer nur noch der Fonds gespeist, in den neun Euro pro Megawattstunde Atomstrom abgeführt werden sollen. Die Beiträge für diesen Fonds werden an die Preisentwicklung angepasst, so dass bei steigenden Energiepreisen auch eine höhere Abschöpfung möglich ist. Nach Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums ergeben alle diese Beträge in der Summe etwa 30 Milliarden Euro. Das entspricht der Zielgröße einer Abschöpfung der Zusatzgewinne von mehr als 50 Prozent.

### **Wofür braucht Deutschland einen Energiefahrplan?**

Die Preise für Energie werden auch in Zukunft steigen, denn weltweit wird mehr Energie benötigt. Die fossilen Energieträger wie Öl, Kohle und Erdgas sind aber nicht unendlich vorhanden. Ihr Verbrauch schadet zudem Umwelt und Klima. Nicht zuletzt, um unseren Wohlstand zu erhalten, benötigen wir auch in Zukunft eine sichere und bezahlbare Energie.

Wir haben uns auch wegen des Klimaschutzes dafür entschieden, dass beim Energiemix der Zukunft die erneuerbaren Energien den Hauptanteil tragen werden. Und zwar für Strom, Wärme und Verkehr. Bisher wird unser Strom zu fast 50 Prozent aus Kohle, zu fast 23 Prozent aus Kernenergie und zu 16 Prozent aus erneuerbaren Energien hergestellt.

Langfristig sollen die Erneuerbaren 50 Prozent der Energieversorgung und 80 Prozent der Stromversorgung übernehmen. Parallel soll unser Energieverbrauch durch den Einsatz hocheffizienter Technologien auf etwa die Hälfte sinken.

Diese Umstellung ist nicht von heute auf morgen möglich und kostet viel Geld: für Investitionen in neue Energietechnik und eine moderne Infrastruktur. Dafür brauchen wir dringend einen Fahrplan, der allen Beteiligten – Staat, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern - aufzeigt, wohin es geht und was jeder dazu beitragen muss. Ziel ist es, dass Deutschland in Zukunft bei wettbewerbsfähigen Energiepreisen und hohem Wohlstandsniveau eine der energieeffizientesten und umweltschonendsten Volkswirtschaften der Welt wird.

### **Die Energieversorgungsunternehmen beteiligen sich mit Milliardensummen am Ausbau erneuerbarer Energien. Aber welche Kosten kommen auf die Bürger zu?**

Mittel- und langfristig dämpft die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke die Strompreise. Und: Die geplante Verbesserung der Infrastruktur mit neuen Stromnetzen, Energiespeichern und Gaspipelines wird zu mehr Effizienz führen. Dadurch wird der Stromverbrauch bei Haushalts- und Industriekunden sinken und somit die Stromkosten senken. Auch Investitionen in die Gebäudesanierung führen mittel- und langfristig zu teilweise deutlichen Einsparungen.

Die erforderlichen baulichen Maßnahmen werden in erheblichem Maße finanziell unterstützt: Dazu wird das bewährte CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm finanziell deutlich besser ausgestattet. Außerdem will sie die Sanierung künftig steuerlich fördern. Damit mehr erneuerbare Energie im Gebäudebestand zum Einsatz kommt, stehen zusätzliche Mittel von 200 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Außerdem wird die KfW ein kommunales Förderprogramm "Energetische Städtebau-sanierung" auflegen.

Investitionen in Effizienz- und Umwelttechnologie stärken deutsches Know-How und sichern Arbeitsplätze. Zudem steigen die Exportchancen in einem wichtigen Zukunftsmarkt. Den Investitionskosten stehen also erhebliche volkswirtschaftliche Vorteile gegenüber – die auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu Gute kommen.

### **Stichwort Erneuerbare Energien: Was wird dafür getan, dass Erneuerbare einen größeren Anteil an der Energieproduktion bekommen?**

Erneuerbare Energien sind neben dem Energiesparen das Herzstück des Energiefahrplans: Bis 2050 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch 60 Prozent betragen. Und: Der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien soll bis 2050 auf 80 Prozent steigen.

Kurz- und mittelfristig bietet die Windenergie an Land das wirtschaftlichste Ausbaupotential. Dazu gehört insbesondere der Ersatz alter durch neue, effizientere Anlagen. Und: Bund, Länder und Kommunen sollen ausreichend zusätzliche Flächen für Windenergiegebiete ausweisen.

Aber der Bund setzt sich auch für Windparks auf See (Offshore) ein. Deshalb wird die KfW ein Sonderkreditprogramm "Offshore Windenergie" für die Einrichtung der zehn ersten Offshore-Windparks auflegen.

Außerdem wird eine verbesserte Strategie zur energetischen Nutzung von Biomasse avisiert.

Besonders Biomasse ist gut geeignet, die ungleichmäßige Stromerzeugung aus Wind und Sonne auszugleichen.

### **Der Ausbau von Windkraft ist ein wichtiger Aspekt des Energiefahrplans. Was passiert aber, wenn der Wind nicht weht?**

Vor allem brauchen wir moderne, flexiblere Stromnetze und neue Stromspeicher. Denn die vorhandenen Stromnetze sind nicht für eine schwankende Stromeinspeisung geeignet, wie sie sich beispielsweise aus Wind oder Sonne ergibt.

Die neuen Netze müssen Strom nicht nur von Norden nach Westen und Süden transportieren. Sie müssen vielmehr auch den Strom vieler dezentraler Photovoltaik- und Biogasanlagen oder aus Kohle- und Gaskraftanlagen aufnehmen und verteilen. Außerdem soll das deutsche Stromnetz stärker als bisher in einen europäischen Verbund eingebettet werden. Eine künftige Stromautobahn soll Energie über weite Strecken möglichst verlustarm transportieren.

Um überproduzierten Strom zu speichern und bei Bedarf in das Netz einzuspeisen, braucht man Speicherkraftwerke, zum Beispiel Pumpspeicher. Deren technische und wirtschaftliche Potenziale sind noch nicht hinreichend erschlossen. Forschung und Entwicklung von Speichertechnologien werden daher finanziell gefördert.

### **Wie wird sichergestellt, dass die Stromnetze zügig ausgebaut werden können?**

Der bisher schrittweise Ausbau des Netzes soll deutlich beschleunigen werden. Der Bund wird 2011 ein Konzept für die bundesweite strategische Planung eines "Zielnetzes 2050" entwickeln. Sie wird zudem prüfen, ob und wie wirtschaftliche Anreize zu einem schnelleren Netzausbau beitragen können.

Ein zwischen allen Netzbetreibern abgestimmter zehnjähriger Netzausbauplan soll zukünftig eine deutschlandweite Netzausbauplanung sicherstellen. Für die Planungsträger in den Ländern sollen dann der prioritäre energiewirtschaftliche Bedarf verbindlich festgelegt und darüber hinausgehend die Ausbautrassen gesichert werden. Ein transparentes Verfahren und eine frühzeitige Beteiligung der Länder und der anderen Beteiligten regelt ein Gesetz.

### **Warum ist Energiesparen wichtig?**

Energie einsparen ist unsere größte "Energiequelle". Deswegen ist Energiesparen angesagt. Jeder kann seine Energiekosten senken und die Umwelt entlasten.

Bis zu 45 Prozent des privaten Stromverbrauchs gehen auf das Konto von Haushaltsgeräten. Die so genannte Weiße Ware birgt erhebliches Einsparpotenzial: Wer zum Beispiel beim Kühlen und Gefrieren auf neue, hocheffiziente Technik setzt, kann im Vergleich zu Geräten von 1998 bis zu 70 Prozent der Stromkosten sparen.

Wärme hat den größten Anteil an den Betriebskosten einer Wohnung. Mehr als einen Euro pro Quadratmeter bezahlt ein Mieter im Durchschnitt jeden Monat für Heizung und Warmwasser.

Wärmedämmung, Wärmeschutzfenster oder eine moderne Heizung sind zwar Sache des Vermieters, aber Mieter können auch selbst etwas tun, um Energie und Geld zu sparen: Zum Beispiel Heizen nach Bedarf: Wer nur so viel heizt, wie er tatsächlich benötigt, kann seine Heizkosten deutlich senken. Jeder Grad Celsius weniger senkt den Energieverbrauch um rund sechs Prozent. Wer in einem Raum die Temperatur von 24 °C auf 20 °C reduziert, spart dort gut 20 Prozent der Heizkosten.

### **Wie werden Verbraucher und Betrieben dabei unterstützt, Energie effizienter einzusetzen?**

Um privaten Haushalten und Betrieben ungenutzte Einsparpotentiale aufzuzeigen, werden finanzielle Anreize geschaffen und Information und Beratung verbessert.

Ein "Energieeffizienz-Fonds" (500 Millionen Euro jährlich) soll dafür wichtige Maßnahmen finanzieren:

Für Verbraucher:

- verständliche und praktische Verbraucherinformationen
- Energie- und Stromsparchecks für private Haushalte
- aussagekräftige Energieausweise für Gebäude

Für Kommunen:

- Unterstützung und Entwicklung kommunaler Effizienzmaßnahmen etwa bei der Straßenbeleuchtung, dem Energieeinsatz in Krankenhäusern und Wasserwerken,
- Unterstützung bei der Entwicklung von Modellprojekten.

Intelligente Stromzähler:

Künftig sollen Verbraucher besonders kostengünstigen Strom nutzen können, wenn er zum Beispiel wegen guter Windbedingungen im Überschuss produziert wird. Dafür benötigen wir so genannte "intelligente" Netze und Zähler, die Anbieter und Kunden elektronisch miteinander kommunizieren lassen. Die neuen Zähler sollen flächendeckend zum Einsatz kommen. Dazu gehören auch lastvariable Stromtarife.

### **Wird es auch in Zukunft Kohle- und Gaskraftwerke geben?**

Flexible Kohle- und Gaskraftwerke sind auch in Zukunft erforderlich, um bei kurzfristigen Nachfragespitzen immer ausreichend Strom anbieten zu können. Damit gleichzeitig die anspruchsvollen

Klimaziele erreicht werden, fördert der Bund die Modernisierung der fossilen Kraftwerke. Zum Beispiel durch neue Kraftwerke, bei denen CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung (CCS-Verfahren) möglich ist. Bis 2020 sollen in Deutschland zwei Modellanlagen für die dauerhafte Speicherung von CO<sub>2</sub> gebaut werden. Darüber hinaus soll ein Speicherprojekt für industrielle CO<sub>2</sub>-Emissionen (zum Beispiel ein Gemeinschaftsprojekt für Industrie- Biomasse-CO<sub>2</sub>) entstehen.

### **Wie komme ich im Jahr 2050 von Punkt A nach Punkt B – nur mit Bus und Bahnen, oder auch noch im eigenen Auto?**

Einsteigen, losfahren, schnell, bequem und sicher ankommen: Auch in Zukunft werden Bürgerinnen und Bürger im eigenen Auto fahren können. Langfristig muss der Straßenverkehr jedoch unabhängig vom Öl werden – das ist nicht nur besser für die Umwelt, es schont auch den Geldbeutel. Ziel ist es daher, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bringen, bis 2030 etwa fünf Millionen. Damit der Umstieg auf Elektroautos attraktiver wird, werden besondere Anreize für den Kauf geschaffen. Dazu gehört etwa kostenloses Parken sowie die Benutzungsmöglichkeit von Busspuren. Und wenn Elektroautos erst in Großserie gebaut werden, sind sie auch für jedermann bezahlbar.

### **Reicht ein nationaler Energiefahrplan aus? Oder muss das Programm auch mit den internationalen Partnern koordiniert werden?**

Eine enge europäische und internationale Abstimmung ist für den Übergang zu einer modernen, CO<sub>2</sub>-armen und sicheren Energieversorgung unerlässlich. Deutschland setzt sich etwa auf europäischer Ebene für den Auf- und Ausbau eines europaweiten Netzverbands ein. Der EU-Emissionshandel soll schrittweise zum globalen Kohlenstoffmarkt ausgebaut werden – das vermeidet Verzerrungen im internationalen Wettbewerb.

Und: Weiterhin unterstützt der Bund deutsche Unternehmen bei großen Infrastrukturprojekten, um Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten. So können etwa Gaspipelines oder Solarstrom aus Nordafrika helfen, die Energieversorgung auf ein breiteres Fundament zu stellen.

### **Welche Ziele werden mit der energetischen Gebäudesanierung verfolgt?**

Bis 2050 soll der Gebäudebestand in Deutschland klimaneutral sein. Bis 2020 wird eine Reduzierung des Wärmebedarfs der Gebäude um 20 Prozent angestrebt.

In Deutschland benötigen öffentliche und private Gebäude einen Anteil von 40 Prozent des Gesamt-Energieverbrauchs für Heizung, Warmwasser und Beleuchtung. Gebäude verursachen fast 20 Prozent des gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. In privaten Haushalten werden rund 85 Prozent des gesamten Energiebedarfs für Heizung und Warmwasser eingesetzt. In den 18 Millionen Wohngebäuden und 1,5 Millionen Nichtwohngebäuden liegen große Energieeinsparpotenziale. Denn 75 Prozent der Wohngebäude sind vor 1979 errichtet worden und daher oftmals in einem energetisch schlechten Zustand.

## **Was geschieht, um die energetische Sanierung von Gebäuden voranzutreiben?**

Ziel ist es, bis 2050 alle Gebäude in Deutschland zu "Nullenergiehäusern" zu machen. Dazu muss die Quote der energetischen Sanierung von Gebäuden von jährlich etwa 1 Prozent auf 2 Prozent verdoppelt werden. Dies soll durch steuerliche Anreize vorangetrieben werden. Konkret geprüft wird die Wiedereinführung einer Sonderabschreibung nach dem Muster des alten § 82a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung.

## **Was ist ein "Nullenergiehaus"?**

Ein Nullenergiehaus ist ein CO<sub>2</sub>-neutrales Gebäude. Es wird deshalb auch häufig als "Nullemissionshaus" bezeichnet. Dies bedeutet, dass ein Nullenergiehaus die notwendige Energie selbst gewinnt, die es verbraucht. Der Energiebedarf des Hauses wird ausschließlich durch regenerative Energien gedeckt. Dadurch entsteht nahezu kein CO<sub>2</sub>- Ausstoß.

Das Programm "Energieeffizient Bauen" bietet Bauherren zinsgünstige Kredite zur Finanzierung, wenn sie hoch energieeffiziente Wohngebäude errichten.

## **Welche Vorteile habe ich als Mieter von der Gebäudesanierung?**

Die "zweite Miete", die durch hohe Nebenkosten für Warmwasser und Heizung entsteht, entfällt.

Durch Wärmeschutzmaßnahmen und moderne Heizsysteme wird die Innenraumtemperatur effektiv kontrolliert. Der Energieverbrauch im Winter wird drastisch gesenkt, das heißt die Heizkosten sinken enorm. Im Sommer hingegen bleiben die Wohnungen deutlich kühler. Da rund 40 Prozent des Energieverbrauchs und circa ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emission im Gebäudebereich entstehen, leistet jede einzelne Gebäudesanierung einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

## **Welche Kosten entstehen für mich als Wohnungseigentümer / Hauseigentümer bei der energetischen Sanierung meines Gebäudes?**

Die nötigen Investitionen für die energetische Gebäudesanierung werden durch umfangreiche Förderprogramme unterstützt. Sie führen größtenteils bereits mittelfristig zu einer erheblichen Kostenersparnis.

Haus- und Wohnungseigentümer werden über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW Bankengruppe) durch die Förderprogramme "Energieeffizient Bauen" und "Energieeffizient Sanieren" mit zinsgünstigen Krediten und Zuschüssen bei der Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen unterstützt.

## **Welche Sanierungs-Maßnahmen werden gefördert und wie hoch ist diese Förderung?**

Grundsätzlich gilt: Die Förderung fällt im Einzelfall umso attraktiver aus, je mehr Energie die geförderte Maßnahme einspart. Gefördert werden zum Beispiel Wärmedämmung, Erneuerung der Fenster, Austausch der Heizung oder Einbau einer Lüftungsanlage. Die Maßnahmen können frei miteinander kombiniert werden.

## **Können Vermieter gezwungen werden, energetisch zu sanieren?**

Nein. Aber das Mietrecht soll ausgewogen novelliert und für energetische Sanierungen investitionsfreundlicher gestaltet werden. Die Vergleichsmietenregelung wird überprüft. Außerdem werden die Möglichkeiten des "Energie-Contracting" erweitert.

## **Welche Energieeinsparungsvorschriften gelten für Neubauten?**

Die Energieeinsparverordnung (EnEV) definiert Anforderungen an Neubauten und bei Sanierungen im Bestand. Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) zielt ebenfalls auf Neubauten. Beim Neubau hat sich eine energiesparende Planung und Bauweise schon weitgehend durchgesetzt.

## **Welche Erfolge sind schon heute erreicht?**

Von 2006 bis Ende 2009 verringerte sich der jährliche Ausstoß des Treibhausgases CO<sub>2</sub> um fast 4 Millionen Tonnen. Durch die Gebäudesanierungsprogramme wurden jährlich wurden bis zu 290.000 Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen.

Die KfW hat in diesem Zeitraum rund 550.000 Kredite und Zuschüsse mit einem Volumen von fast 30 Milliarden Euro bewilligt. Mit den Fördermitteln wurden knapp 1,42 Millionen Wohnungen saniert oder besonders energieeffizient errichtet, zudem rund 630 kommunale Einrichtungen.

## **Welche weiteren Maßnahmen sieht das neue Energiekonzept vor?**

Es werden Effizienzstandards für die Gebäudesanierung festgelegt. Die EnEV 2012 wird überarbeitet: der Standard "Nullemission" bis 2050 wird für alle Gebäude auf der Basis von Kennwerten für den Primärenergieverbrauch eingeführt. Bis 2020 werden zunächst die energetisch schlechtesten Gebäude saniert. Eigentümer erhalten bei Erfüllung oder Übererfüllung dieser Zielwerte einen steuerlichen Bonus. Bei Untererfüllung wird ein staatlicher Malus für die Gebäude auferlegt. Darüber hinaus wird ein kommunales Förderprogramm "Energetische Städtebausanierung" bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aufgelegt.

Bund und Länder werden für künftige Neubauten und bei bestehenden Liegenschaften eine Vorbildfunktion bei der Reduzierung des Energieverbrauchs einnehmen.

*Stand September 2010; Quelle Bundesregierung*